

# Eindrücke von einer Studienreise in die ehemalige SFR

Autor(en): **Hofer, Patrik**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal  
= Journal forestier suisse**

Band (Jahr): **145 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-766582>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Eindrücke von einer Studienreise in die ehemalige ČSFR**

Von *Patrik Hofer*

FDK 92: 945.35: (437)

### **1. Einleitung**

Für die meisten Forststudenten und Forststudentinnen ist die einjährige Praktikumszeit fester Bestandteil ihrer Ausbildung. Von der Möglichkeit, einen Praxisteil in der damaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR) absolvieren zu können, machte ich gerne Gebrauch und verbrachte also die Monate Oktober und November 1992 in Krnov, einer an der polnischen Grenze liegenden Provinzstadt im Norden von Mähren, zugleich Sitz eines der 27 neugegründeten Gebietsinspektorate des Staatsbetriebs der Böhmisches Wälder.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit benutzen, um über einige Erfahrungen zu berichten, insbesondere über diejenigen, welche im Zusammenhang mit der Neugestaltung des tschechischen Forstwesens stehen.

Das Land ist knapp zweimal so gross wie die Schweiz. Die Waldfläche hingegen macht gut das Doppelte derjenigen des Schweizer Waldes aus und bedeckt einen Drittel des Landes. Der Vorrat in den nadelholzreichen Beständen liegt im mitteleuropäischen Durchschnitt, und der Forstbereich beteiligt sich etwa zu einem Prozent am Bruttoinlandprodukt. Man spricht Tschechisch, eine Sprache, deren Eigenart in der speziellen Artikulation gewisser diakritischer Zeichen liegt und so von den meisten lernwilligen Nichtsprachkundigen eine gehörige Portion Zungenakrobatik abverlangt.

### **2. Zu den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**

Im Anschluss an die samtene Revolution im Jahre 1989, als die kommunistische Parlamentsvertretung erstmals seit 1948 die Minderheit bildete, wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) in die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR) umbenannt. Etwa drei Jahre später, genau am 1. Januar 1993, hat schliesslich die Staatentrennung zur Entstehung der Tschechischen Republik (ČR) oder Tschechien und der Slowakischen Republik (SR), entsprechend Slowakien, geführt.

Die in enger Beziehung zum Zerfall der kommunistischen Grossmacht stehenden strukturellen Veränderungen in den Übergangstaaten setzten in der damaligen Tschechoslowakei den grundlegenden Umwandlungsprozess des Lebens schlechthin in

Gang. Demnach können mit dem Sammelbegriff der «Transformation» sämtliche Prozesse umschrieben werden, die zur Überführung eines planwirtschaftlich organisierten Gesellschaftsgefüges in ein marktwirtschaftliches System beitragen.

Dabei kann unterschieden werden zwischen:

- äusserer Transformation: Deetatisierung, Gesetzesrevision, Umwandlung des Volkseigentums, Neugestaltung der Regierungen, Grenzenabbau und
- innerer Transformation: Neuorientierung des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins.

### 3. Reformen durch Änderung der Eigentumsverhältnisse

#### 3.1 Allgemeines

Am 1. Januar 1991 umfasste der zum Volkseigentum gehörende staatliche Gesamtwaldfonds 96 % der Waldfläche. Die restlichen Wälder waren landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften angegliedert. Weniger als 0,1 % gehörte zum Privatsektor. Die mutmassliche Fläche der kleinen Waldeigentümer wird heute insgesamt auf etwa 2500 km<sup>2</sup> (etwa 10 %) geschätzt. Ein ähnlicher Waldteil wird im Grossgrundbesitz und ehemaligen Kircheneigentum vermutet.

Nach vollzogener Umwandlung des Gesamtwaldfonds werden folgende Wald-eigentumsverhältnisse angenommen: 46 % Staat, 24 % Private, 19 % Bürgergemeinden, 7 % Kirchengemeinden, 3 % Genossenschaften, 1 % andere juristische Personen.

Es können grundsätzlich vier verschiedene Formen der Umwandlung des Volkseigentums unterschieden werden:

- Überführung in Staatseigentum (Volkseigentum wird zu Staatseigentum, so zum Beispiel Bahn, Post, Mineralquellen, Waldboden einschliesslich Baumbestände, Brauereirechte usw.),
- Restitution (Vermögenswerte, die zur Zeit des Kommunismus zum Volkseigentum deklariert und konfisziert wurden, gehen an die ursprünglichen Eigentümer zurück),
- Privatisierung (Vermögenserwerb durch Auktion [Kleine Privatisierung] oder Coupon-Investment [Coupon-Privatisierung]),
- Liquidation (Auflösung des Volkseigentums).

Was nun die Umwandlung von Waldboden inklusive Baumbeständen betrifft, so kommt hauptsächlich die Überführung in Staatseigentum und die Restitution zum Tragen, bezüglich der Forstbetriebe die Coupon-Privatisierung und bei den privaten Forstunternehmen die Privatisierung. Es geht also nicht nur darum, Waldgebiete als solche zu privatisieren, sondern vielmehr um die Privatisierung derer Bewirtschaftung.

Zum Begriff der Coupon-Privatisierung sei hier eine erläuternde Bemerkung angeführt: Jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger kann im Verlauf einer von der Regierung genau festgelegten Zeitspanne, einer sogenannten Privatisierungswelle, für 1000 Kcs Coupons wechseln und diese in diejenigen Staatsbetriebe, die auf Antrag durch das tschechische Privatisierungsministerium für diese Umwandlungsform be-

stimmt wurden, investieren. Ist das bewertete Grundkapital durch die investierten Coupons gedeckt, so wird der betreffende Betrieb in eine Aktiengesellschaft transformiert und für die eingesetzten Coupons werden handelbare Aktien gezeichnet. Nach erfolgreicher Umwandlung geht der besagte Betrieb in den Privatsektor über. Im günstigsten Falle dauert eine solche Ablösung etwa zwei Jahre. Wird jedoch innerhalb einer Privatisierungswelle nicht das gesamte Grundkapital durch Coupons gedeckt, was im Forstbereich der häufigere Fall sein dürfte, so entscheidet das Privatisierungsministerium über das weitere Schicksal der Unternehmung; entweder sie wird, anlässlich einer neuen Welle, wiederholt angeboten, oder sie geht an das Volkseigentum zurück und wird dort unter staatlicher Führung weiterbetrieben oder liquidiert.

### *3.2 Neuorganisation der Forstwirtschaft*

Die grundlegenden Restrukturierungen in der Organisation der tschechischen Forstwirtschaft haben offiziell am 1. Juli 1992 stattgefunden und umfassen im wesentlichen folgende zwei Neuerungen:

- Angliederung des Ministeriums für Wald- und Wasserwirtschaft an das Landwirtschaftsministerium,
- funktionale Trennung zwischen staatlicher Waldgebietsverwaltung und privatisierter Waldbewirtschaftung.

Aus den integrierten staatlichen Forstunternehmen sind nun einerseits der Staatsbetrieb der böhmischen Wälder mit den 27 Gebietsinspektoraten hervorgegangen und andererseits die mittels Coupon-Privatisierung neu zu formierenden Aktiengesellschaften. Das Eigentum der ehemals staatlichen Forstunternehmen wurde dabei in der Weise auf die Böhmisches Wälder und die Aktiengesellschaften verteilt, dass den ersteren die notwendigen Mittel und Einrichtungen für eine rationelle Verwaltung und Kontrolle der Waldgebiete und für die letzteren die Forstbetriebe mit den Maschinen und Geräten für die Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt wurden. Beide Organisationen funktionieren streng gebiets- und eigentümerbezogen. Zum Bedenken mancher Forstleute, da die Staatswaldfläche bei fortschreitendem Restitutionsprozess ja laufend abnimmt und die wegfallenden Waldgebiete gemäss den momentan gültigen forstgesetzlichen Regelungen (das alte Forstgesetz von 1977 genügt den neuen Anforderungen nicht mehr und wird überarbeitet) nicht mehr zwingend in den Einflussbereich forstfachlicher Kontrolle fallen.

Die zentralen Forsteinrichtungsbetriebe und die Forschungsanstalt sind staatliche Einrichtungen und bleiben vorerst noch in ihrer alten Form bestehen. Auf dem Gebiet der Forsteinrichtung allerdings müssen die auf Grossräume ausgerichteten Planungsmethoden neu überdacht und die Interessen der privaten Waldeigentümer mitberücksichtigt werden. Namentlich im Bereich der Regional- und Betriebsplanung in Gebieten mit Kleinwald- und Kleinstwaldstrukturen, wo die Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Standpunkt einnimmt, fehlt es an langjährigen Erfahrungen.

### 3.3 Die Rolle der privaten Forstunternehmer

Die Praxis zeigt nun, dass sich die Umwandlungsform der vorhin besprochenen Coupon-Privatisierung, insbesondere für den Forstbereich, vor allem aus zwei Gründen nicht immer erfolgreich etablieren kann.

Der erste Grund liegt in der Umwandlungsform selbst. Obwohl die aus der Aufteilung der staatlichen Forstunternehmen hervorgegangenen Forstbetriebe offiziell als sogenannte Aktiengesellschaften auftreten, ist deren Grundkapital in vielen Fällen noch nicht abgedeckt, und dies nach Abschluss der ersten Privatisierungswelle. Forstbetriebe sind, mittlerweile auch in Tschechien, langfristig nicht gewinnverdächtig, und der vorsichtige Investor hinterlegt seine Coupons besser bei Banken oder ähnlich ausgerichteten Anstalten. Von daher ist die Existenz der «Forst-AGs», so wie sie heute bestehen, in weiterer Zukunft höchst ungewiss.

Zweitens konnten, bis anhin, die territorial organisierten Aktiengesellschaften ihre fest zugewiesenen Gebiete monopolartig bewirtschaften. Einesteils aus einleuchtenden Gründen, anderenteils mangels vorhandener Alternativen liess der neugegründete Staatsbetrieb der Böhmisches Wälder seine Bestände nur von diesen Betrieben bewirtschaften. Unter entsprechend günstigen Vertragsbedingungen übernahmen diese die staatlichen Nutzungs- und Pflegeaufträge und exportierten kurzum billiges Holz für gutes Geld in die westlichen Nachbarstaaten. In der Zwischenzeit hat sich jedoch Konkurrenz eingeschaltet. Aus ehemaligen Angestellten der Staatsforstunternehmen, Wald- und Landarbeitern, Forstingenieuren, aber auch Wirtschaftlern, Händlern, Metallarbeitern, Bergleuten und vielen anderen mehr ist mittlerweile ein agiles Kleinunternehmertum entstanden, das auf die Bewirtschaftungsausschreibungen hin mitunter interessantere Offerten vorlegen kann, als dies die Aktiengesellschaften zu tun pflegten. (Die schwierige und sehr zeitaufwendige Arbeit liegt nun bei den Beamten der Gebietsinspektorate, zunächst einmal die «echten», glaubwürdigen Forstunternehmer von den «unechten», meist profitwitternden Preisanbietern zu trennen und dann die anfallenden Waldarbeiten unter den ausgewählten Bewerbern sinnvoll zu verteilen.)

In dieser Stellung kommt die Rolle der kleinen Forstunternehmen als Triebfedern der freien Marktwirtschaft, voll zum Tragen. Die Aktiengesellschaften sehen sich gezwungen, ihre Forstbetriebe massiv zu restrukturieren, Fixkosten zu senken, kommunistisches Erbgut wie überzählige und alte Maschinen, unrentable Betriebszweige auszumerzen und Angestellte zu entlassen, um mit den Billiganbietern noch konkurrieren zu können. Was die Aktiengesellschaften besonders auszeichnet und als Vorteil gewertet werden kann, ist ihre langjährige Berufserfahrung, die Arbeitsqualität also. Wieweit dieses Label im Wettbewerb um Marktanteile massgebend ist, hängt von den entsprechenden Ansprüchen des Staatsbetriebs der Böhmisches Wälder ab, in letzter Konsequenz wohl von den Bürgern und Bürgerinnen Tschechiens.

## 4. Das Waldprogramm der neuen Regierung

Das Landwirtschaftsministerium berichtet in seinen Mitteilungen über den weiteren Verlauf der Reformen und formuliert das zukünftige Förderungsprogramm. Folgende Fragenkomplexe bedürfen dabei prioritärer Behandlung.

1. Restitutionsprozess
  - Identifikation der Waldeigentümer sowie die Neuvermessung und Vermar-  
chung ihrer Grundstücke
  - Einrichtung der neu entstehenden Privatwaldgebiete
  - Klärung der Realersatzfrage und Ausarbeitung neuer Bestandesschätzver-  
fahren
2. Waldprivatisierung
  - Grundgesetzrevision und Festlegung der Staatswaldperimeter
  - Prüfung kombinierter Agro-Forst-Bewirtschaftungsprojekte
3. Dotation von Waldschäden
  - Vergütungen bei Schäden durch Insekten, Pilze, Wind, Schnee und Eis sowie bei  
der Wiederbewaldung immissionsgeschädigter Gebiete
  - Subventionierung von:
    - Aufforstungen wenig produktiver Landwirtschaftsflächen
    - Massnahmen zur Erhaltung der Ökotypendiversität bei Baumarten
    - Massnahmen zur Erhaltung von Waldgebieten mit hohem biologischem Wert
  - Sicherung der Kostendeckung bei Einhaltung der gesetzlichen Bewirtschaf-  
tungsbestimmungen
  - Unterstützung der Gründung von Waldwirtschaftsverbänden
4. Waldeigentümerberatung
  - Hilfeleistungen bei Zusammenschlüssen der Eigentümer in Interessenver-  
bänden
  - Finanzierung, Entwicklung und Verbesserung der Fachausbildung
  - Förderung der Beteiligung forstwirtschaftlicher Kreise an der Ausarbeitung des  
neuen Waldgesetzes
5. Forstschutz und Waldpflege
  - Die unbefriedigende Entwicklung des Gesundheitszustandes der tschechischen  
Wälder liegt in der fehlenden ökologischen Stabilität, massgeblich verursacht  
durch die sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren Umweltverschmutzung,  
Wild, Insekten und Pilze, Klimaveränderung und andere abiotische Schäden.

Dazu die frei übersetzte Aussage des Landwirtschaftsministers:

«Der Schutz vor traditionellen Beschädigungen und Erkrankungen des Waldes muss von den Eigentümern und Forstfachleuten gewährleistet werden können. Sie sind auch in der Lage, den negativen Einfluss des Zivilisationsprozesses zu dämpfen. Aber an den Ursachen dieser Probleme können sie wenig ändern. Die Rettung der Wälder muss Aufgabe der staatlichen Politik sein. Das diesbezügliche Konzept der Regierung enthält für die nächste Zukunft folgende Prinzipien:

- Einhaltung der bei weltweiten Verhandlungen abgeschlossenen Konventionen  
bezüglich der Emissionssenkung,
- angepasste Energieprogramme ausarbeiten,
- einheitliche staatliche Forstverwaltungsinstanzen schaffen, die in den Wäldern  
eigentumsübergreifend Kontrollfunktionen ausüben,
- konsequente Beachtung und zielbewusste Entwicklung weiterer, nichtproduktiver  
Waldfunktionen,
- gezielte Wildkontrolle.

Darauf hat der Staat, im Dienste der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Umwelt, seine besondere Aufmerksamkeit zu richten. Das Landwirtschaftsministerium wird in Zukunft die Bewirtschaftung der Wälder so regeln, dass die nichtproduktiven Waldfunktionen an erster Stelle gewährleistet werden, auch wenn die Sanierungskosten für die Wälder durch die Erlöse aus der Holzproduktion allein nicht gedeckt werden können.»

*Verfasser:* Patrik Hofer, Forstpraktikant, Postfach, CH-6718 Olivone.